



Themenschwerpunkte 2011

EINLEITUNG

Im Wahljahr 2011: Berliner Wirtschaft neuen Schwung verleihen!

Das Jahr 2011 bringt wieder viele Herausforderungen – und auch viele Chancen. Und Dennoch wird dieses Jahr anders sein, denn Berlin wählt für die nächsten fünf Jahre eine neue Regierung. Egal welcher Couleur – immer werden der Wohlstand Berlins und seine kulturellen, sportlichen oder touristischen Möglichkeiten von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Gute Politik wird daher auch gute Wirtschaftspolitik sein müssen.

Und der Handlungsdruck ist groß: Berlin weist nach wie vor die höchste Arbeitslosenquote im Bundesvergleich und eine zu geringe Wertschöpfung auf. Der Schuldenstand im Berliner Haushalt beläuft sich auf mittlerweile 63 Milliarden Euro. Damit sind die politischen Handlungsspielräume stark eingeengt. Für die passenden Lösungen dieser Probleme muss Politik schnell die richtigen wirtschaftspolitischen Ideen und Rezepte finden. Sie muss sich vor einer Entscheidung mit deren Langzeitwirkungen und auch mit den nicht sofort ins Auge springenden indirekten Folgen befassen. Sie muss auch die Auswirkungen ihrer Leitlinien und Einzelentscheidungen auf alle gesellschaftlichen Gruppen betrachten und einseitige Begünstigungen auf Kosten anderer vermeiden.

An dieser Herkulesaufgabe will sich die Berliner Unternehmerschaft beteiligen. Sie will die Dynamik des Wahlkampfes nutzen, um der Berliner Wirtschaft gemeinsam mit der Politik neuen Schwung zu geben.

Als Interessenvertretung von 260.000 Berliner Unternehmen wird die IHK Berlin daher:

- allen Parteien einen offenen Dialog anbieten, in den sie den geballten unternehmerischen Sachverstand der Berliner Unternehmen einbringen wird.
- die Vorschläge der politischen Kandidaten im Vorfeld der Wahlen auf den Prüfstand stellen und – wenn gewünscht konstruktiv begleiten.
- gemeinsam mit der Handwerkskammer Berlin im Frühsommer 2011 die „Wahlprüfsteine“ – den zentralen wirtschaftspolitischen Kompass – vorlegen, an dem die Politik gemessen wird.
- im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen über die größten Herausforderungen zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Haushalt und Finanzen, Wissenschaft und natürlich Wirtschaft diskutieren und die Forderungen der Berliner Wirtschaft präsentieren.

Daseinsvorsorge: Wettbewerb bringt Berlin weiter

Konkurrenz belebt das Geschäft. Wer wollte das bezweifeln? Was für den Einzelhändler oder Hotelier sein „täglich Brot“, soll bei dem Geschäft mit Strom, Müll, Wohnraum oder Nahverkehr jedoch nicht gelten? In Berlin droht der Wettbewerb in diesen Bereichen durch die Verstaatlichung von Aufgaben ausgeschaltet zu werden.

Konkurrenz belebt das Geschäft – weil alle Marktteilnehmer ständig das Verhältnis von Nutzen und Aufwand verbessern. Die Leistungen für die Bürger werden besser und billiger und der prekäre Haushalt Berlins wird nicht zusätzlich durch defizitäre Staatsunternehmen belastet. Der Schlüssel zu besserer Leistung und Innovationsfreude bei gleichzeitig günstigen Preisen heißt: Wettbewerb in der Daseinsvorsorge.

Die IHK Berlin wird daher:

- die Risiken von „Rekommunalisierungen“ im Land Berlin in Gesprächen und parlamentarischen Abenden mit der Politik aufzeigen, insbesondere im Dialog mit finanz- und wirtschaftspolitischen Sprechern der Parteien.
- im ersten Halbjahr 2011 jeden Monat einen konkreten Forderungskatalog für mehr Wettbewerb beziehungsweise mehr Effizienz in einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge präsentieren.
- sich im Öffentlichen Personennahverkehr für eine schrittweise Liberalisierung des Nahverkehrs und eine zeitlich gestaffelte Ausschreibung des S-Bahn-Betriebs einsetzen.
- vorrechnen, dass wettbewerbsfähige Wasserpreise durch den Verzicht auf Grundwasserentnahmeentgelt und Landesgewinnanteil und ein modernes Tarifsysteem erzielbar sind.
- für eine stärkere Öffnung des Wettbewerbs in der Abfallwirtschaft durch Vergabe an private Unternehmen werben und dies im Dialog mit der Politik einfordern.
- der Schaffung eines kommunalen Energieversorgers entschlossen entgegenzutreten und aufzeigen, dass die Fortführung des Konzessionsmodells eine Win-Win-Situation ist.
- auf Privatisierungen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften drängen.
- eine effizientere Aufgabenerfüllung in der Gesundheitsversorgung einfordern und nach einem Jahr Bilanz der bereits eingeleiteten, engeren Verzahnung zwischen Charité und Vivantes ziehen.